

Pressemitteilung 11/2017

München, 10.02.2017

Gemeindetag begrüßt Einigung zum Umgang mit Flüchtlingen ohne Asylanspruch

Der Bayerische Gemeindetag begrüßt die gestern in Berlin erzielte Einigung zwischen Bund und Ländern über den Umgang mit Flüchtlingen ohne Asylanspruch. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Die Beschleunigung der Ausreise von Flüchtlingen deren Asylantrag nicht anerkannt wurde, ist dringend erforderlich. Gemeinden und Städte brauchen unbedingt Entlastung, um sich um die wirklich schutzbedürftigen Flüchtlinge kümmern zu können. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass abgelehnte Asylbewerber weiterhin Monate oder gar Jahre im Land verbleiben und Kräfte binden, die für die wirklich Schutzbedürftigen aufgewendet werden sollen.“

Brandl betonte, dass es sinnvoll sei, dass der Bund die Ausreise zentral organisiert. Davon versprechen sich Gemeinden und Städte und die Länder gleichermaßen eine Entlastung. Der bereits beschlossene Aufbau eines gemeinsamen Zentrums zur Unterstützung der Rückkehr zwischen Bund und Ländern sei dazu ein erster guter Schritt. Brandl äußerte Zweifel, ob die Rückführung von mehreren hunderttausend abgelehnten Asylbewerbern in diesem Jahr noch zu schaffen sei. **„Es ist ein Skandal, dass viele Staaten unwahrscheinlich hohe Hürden aufbauen, um die Rückkehr ihrer eigenen Bürger zu verhindern. Die Bundesregierung muss hier viel druckvoller auftreten. In der bundesdeutschen Bevölkerung entsteht sonst immer mehr der Eindruck, dass der deutsche Rechtsstaat machtlos ist und dem Problem nicht mehr Herr wird.“**

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel 089 / 36 00 09-30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de

Der Bayerische Gemeindetag

ist der Sprecher von 2.029 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.

